

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 09.02.2006**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimm.b.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.	
Frau Renate Leonhard	„	
Frau Peggy Rarrasch	„	bis 19.30 Uhr anwesend
Herr Lothar Rochau	„	
Frau Petra Schneutzer	„	
Frau Dagmar Szabados	„	

Entschuldigt fehlen:

Frau Brigitte Thieme	stimm.b.Mitgl.	entschuldigt
Herr Herbert Jomrich	beratend	
Frau Müller	„	
Herr Max Privorozki	„	
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt
Frau Dr. Christine Slomka	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.06
- 4. Vorstellung des Trägers KiBerU e.V.
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. Anfrage von Heike Wießner (CDU) zur integrativen Förderung in den Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2006/05567
- 7. Anregungen
- 8. Mitteilungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest. Diese wurde bestätigt.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.06**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass auf S. 19 das Abstimmungsergebnis bei den Enthaltungen/Ablehnungen vertauscht wurde. Bitte korrigieren, **richtig muss es heißen: 0 Ablehnungen und 6 Enthaltungen.**

Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift genehmigt.

Herr Weber merkte an, dass er die Aussage auf S. 19 beim Abstimmungsergebnis :“ Nur wenn es zwingend erforderlich wird, ist es nochmals auf die Tagesordnung im Jugendhilfeausschuss zu setzen.“ so nicht verstanden hatte. Er hatte die Haushaltsdebatte als erste Lesung angesehen. Die Folie , welche Herr Zwakhoven, zu HzE aufgelegt hatte, lag den Mitgliedern nicht vor und wurde auch nicht im Nachgang zur Verfügung gestellt. Speziell ging es ihm um die Reduzierung im Haushaltsansatz 4550/4560 und der Einsparung in Höhe von 577.900 €.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie angefragt hatte, wie mit dem Haushalt verfahren werden soll und da es zu einer Abstimmung gekommen war, ist man ausdrücklich im o.g. Wortlaut auch so verblieben.

Herr Godenrath bestätigte diese Aussage. Nur wenn aus dem Finanzausschuss heraus Unklarheiten bestanden hätten, wäre es zur erneuten Behandlung im Jugendhilfeausschuss gekommen.

Herr Rochau antwortete, dass die angesprochene Reduzierung von 577.900 € im Haushaltsansatz 2006 aus der zu erwartenden Einsparung aufgrund der Neuverhandlung der Grundsatzvereinbarung resultiert. Der überwiegende Anteil aller stationären Hilfen und fast ausschließlich alle ambulanten Hilfen werden von den Freien Trägern in Halle erbracht. Bei der Einsparung in Höhe von 577.900 € auf der Grundlage des § 15 Abs. 2 Grundsatzvereinbarung gem. §§ 77/78 ff. SGB VIII handelt es sich um einen einmaligen Effekt im Haushaltsjahr 2006. Da die Auszahlung der Entgelte nicht mehr quartalsweise im voraus sondern ab 2006 erst nach dem Leistungsmonat erfolgt, werden die Rechnungen für den Dezember 2006 erst im Januar 2007 fällig.

Frau Hanna Haupt merkte an, dass es jetzt um die Kontrolle der Niederschrift ging. Wenn es andere Anfragen gibt dann bitte hierzu unter dem entsprechendem TOP im nichtöffentlichen Teil.

zu 4 Vorstellung des Trägers KiBerU e.V.

Vom Träger KiBerU e.V. waren vom Vorstand Herr Frank Lehmann und die Leiterin der Kindertagesstätte, Frau Krause gekommen.

Herr Lehmann stellte den Verein vor und verwies auf dessen Gründung im Jahr 2001. Der Verein wurde 2002 beim Amtsgericht ins Vereinsregister eingetragen. Der Verein verfolgt das Ziel, die Vereinbarkeit von Beruf, Fortbildung und Familie zu fördern. Der Verein hat jetzt 29 Mitglieder. Eltern müssen nicht Mitglied im Verein sein, wenn ihr Kind dort betreut wird. In der Kita „Schlumpfeneck“ sind 27 Kinder und 5 Betreuer untergebracht. Von den 5 Betreuern haben 4 den Abschluss als staatlich anerkannte Erzieherin.

Frau Krause informierte über die Vereinsarbeit seit 2001. Die Kita „Schlumpfeneck“ ist seit 2002 in Trägerschaft des Vereins. Die Öffnungszeiten können flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern angepasst werden, da die Einrichtung nachts, wochentags wie feiertags die Kinder betreuen darf. Eine Außenfläche wurde mit Unterstützung von Vereinsmitgliedern und Sponsoren geschaffen. Der Verein schafft für die Kinder in Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Institutionen Angebote wie z.B. „Krabbeljudo“ oder „musikalische Früherziehung“. Regelmäßige Themenabende für die Eltern werden ebenfalls angeboten. Der Verein betreut auch 5 Hortkinder.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie die „Rund-um-die-Uhr“ Betreuung angenommen wird.

Frau Krause antwortete, dass für die Übernachtung zwei Plätze im Angebot des Vereins sind. Interesse wurde bereits signalisiert, jedoch kam es noch nicht zum Vertragsabschluss.

Anfrage durch ein Mitglied (skE) wie wird das zusätzliche Personal für die Nacht-, Wochenend- und Feiertagsbetreuung finanziert.

Frau Krause antwortete, dass gegenwärtig kein zusätzliches Personal benötigt wird, da es pro Jahr nur 2-3 Anfragen auf Nachtbetreuung gibt. Sollte dieser Bedarf zunehmen, würde zusätzliches Personal eingestellt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Öffnungszeiten der Kita bzw. draus folgend die Arbeitszeit für die Erzieherinnen.

Frau Krause teilte mit, dass die Regelarbeitszeit von 5.00 – 19.00 Uhr ist.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie der Verein auf Informationsabende aufmerksam macht und ob diese offen sind.

Frau Krause antwortete, dass die Information an der Haustür der Kita hängt. Diese Abende sind offen für alle Bürger, wurde aber bisher nicht genutzt.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie der Verein Werbung für sich betreibt.

Frau Krause antwortete, dass bisher Ifozettel über Schule und Bäcker in der Umgebung

verteilt wurden bzw. durch Mundpropaganda.. Es wird überlegt, wie eine intensivere Werbung betrieben werden kann, auch mit Unterstützung der Kooperationspartner.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 Anfrage von Heike Wießner (CDU) zur integrativen Förderung in den Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2006/05567

Frau Szabados sprach an, dass Frau Wiesner eine Anfrage zur integrativen Förderung in den Kindertagesstätten der Stadt gestellt hatte, wozu sie informieren möchte.

In der Stadt Halle werden folgende Kinder integrativ betreut:

Im Krippenalter (0-3 Jahre) durch den Eigenbetrieb Kita 10 und durch freie Träger 9 Kinder; im Kindergartenalter (3-7 Jahre) werden durch den Eigenbetrieb Kita 104 und durch freie Träger 90 Kinder integrativ betreut. Davon sind aus dem Saalkreis in integrativer Betreuung des Eigenbetriebes Kita 2 und in freier Trägerschaft 8 Kinder.

Im Eigenbetrieb Kita liegen Anmeldungen auf integrative Betreuung vor, wovon 17 Plätze ab März 2006 benötigt werden. Auf die Stadt kommt auf Grund einer Schulgesetzänderung in diesem Bereich eine erhöhte Nachfrage nach der Förderung körperbehinderter Kinder und jüngerer sinnesbehinderter Kinder auf die Kitas zu. Seit diesem Schuljahr existiert nur noch am Landesbildungszentrum für Hörbehinderte ein Vorschulteil. Hier werden nur Kinder mit einer Sinnessschädigung (Hören, Sehen) ab dem 5. Lebensjahr, in Ausnahmefällen ab dem 3. Lebensjahr. Die Stadt wird dem Rechtsanspruch von Eltern auf einen Platz gerecht werden, auch wenn in Einzelfällen dies nicht immer sofort zum gewünschten Zeitpunkt realisierbar sein kann. Der Eigenbetrieb Kita arbeitet hier eng mit dem Landesjugendamt zusammen, um in dringenden Fällen reagieren zu können.

Mit dem Einzug der Integrativen KT „Kinderland“ in den Neubau „K.Duncker“ werden mit Antrag und Erteilung der Betriebserlaubnis ca. 7 Plätze zusätzlich vorhanden sein.

Es zeigt sich, dass im integrativen Betreuungsbereich Kita im Eigenbetrieb als auch bei den freien Trägern um- und ausgebaut werden muss. Der Eigenbetrieb Kita bemüht sich hier um kurzfristige bzw. vorläufige Lösungen in enger Absprache mit dem Landesjugendamt. Mit den freien Trägern muss es hierzu auch Gespräche und Abstimmungen geben, um dem erhöhtem Bedarf in diesem Bereich gerecht werden zu können.

Frau Szabados sprach an, dass die Anfragen und die Antwort der Verwaltung der Niederschrift angehängt wird.

Frau Wiesner sprach an, dass sie die Antwort jetzt abwartet, evtl. wird es dann weitergehende Anfragen hierzu von ihr geben. Sie verwies auch, dass die Schaffung von Plätzen das Eine ist, zum Anderen müssen die Einrichtungen aber auch über die technischen Hilfsmittel für die Betreuung der ihnen zugewiesenen Kinder verfügen. Für Eltern ist oftmals die Informationszeit zu kurz, um bei der Platzbereitstellung für ihr Kind reagieren zu können. Mit der Einrichtung muss besprochen werden, was für dieses Kind vorhanden sein sollte. Es kann nicht erwartet werden, dass die Eltern diese Hilfsmittel früh zur Einrichtung transportieren und abends wieder mitnehmen. Hier sollte mehr Spielraum für die Eltern vorhanden sein.

Frau Szabados antwortete, dass sie davon ausgeht, dass vorab der Betreuung des jeweiligen Kindes gesehen wird, was für Hilfebedarfe erforderlich und vorhanden sind. Und dies entsprechend berücksichtigt wird. Sie bat Herrn Kreisel vom Eigenbetrieb Kita hier einen Termin mit Frau Wiesner unter Einbeziehung von freien Trägern zu vereinbaren, um die gesamte Problematik in Ruhe besprechen zu können und auch die Hinweise von Frau Wiesner zu berücksichtigen.

Weitere Anfragen

Anfrage von Herrn Lange, ob durch die Stadt darauf geachtet wird, dass alle Kita's ein Kuratorium bilden, insbesondere auch die Kitas bei den freien Trägern, und ob hier regelmäßig Zusammenkünfte stattfinden. Außerdem fragte er, wie der Stand Stadtelternbeirat-Kita ist.

Frau Szabados antwortete, dass per Gesetz vorgeschrieben ist, dass Kuratorien gebildet werden. Bei der Stadt ist festgelegt, in welchen Abständen diese Zusammenkünfte stattfinden.

Wie dies bei den freien Trägern ist kann sie jetzt nicht sagen. Sie sagte zu, dass hier die Fachaufsicht dazu geprüft wird.

Sie teilte mit, dass sich ein neuer Vorstand des Kita-Stadtelternbeirates gegründet hat, welchem auch Frau Wiesner angehört.

Frau Wiesner informierte, dass es diesen Vorstand seit ca. 14 Tagen wieder gibt. Sie wird bis Sommer d.J. dort mitwirken und sich dann zurückziehen. Laut KiFöG arbeiten alle Mitglieder dort gleichberechtigt mit, es gibt keinen Vorsitzenden. Die Namen mit Tel.nr. werden der Niederschrift beigefügt.

Frau Schwabe ergänzte, dass die freien Träger im Stadtelternrat Kita sehr stark vertreten sind.

Anfrage von Frau Ute Haupt, ob es in Halle Anzeichen für eine stärkere Präsenz von rechtsorientierten Jugendlichen gibt. Sie fragt dies mit dem Hintergrund auf die bevorstehenden Wahlen im März. Sie fragte, wann der nächste Situationsbericht zu erwarten ist und die Beantwortung dort einfließen kann.

Herr Rochau antwortete, dass es im März einen ersten sozialraumbezogenen Bericht geben wird. Dies resultiert aus einer Anregung der Sitzung im November 2005. Begonnen wird mit dem Sozialraum Mitte-Nord-Ost. Bei dem Bericht wird in Form einer Situationsanalyse und Ausblicken für den Sozialraum gehalten. Zur angesprochenen Situation rechtsorientierter Jugendliche ist ihm derzeit nichts Außergewöhnliches bekannt. Er wird bis März prüfen lassen, ob es hier eine neue Situation gibt und dazu informieren.

Anfrage von Frau Dr. Haerting zu der kurzfristig geschlossenen Kita in der Händelstraße, wo Asbest festgestellt wurde. Die Kinder wurden auf andere Einrichtungen aufgeteilt. Dieses Objekt ist für PPP-Projekt vorgesehen. Gibt es hier Auswirkungen auf die Sanierung. Welche Lösungen gibt es für Eltern, die mit der gegenwärtigen Situation der Aufteilung ihrer Kinder nicht zufrieden sind.

Frau Szabados berichtete, dass in einem Raum der Kita in der Händelstraße unter einer Fensterbank Asbest festgestellt wurde. Darauf musste sofort reagiert werden. Es gab einen kurzfristig anberaumten Elternabend und die kleinen Kinder wurde auf die Einrichtung in der Herweghstraße und die größeren Kinder auf den Hort in der Wittekindschule aufgeteilt. Es gab kurzfristig nur noch die Möglichkeit, dass Plätze in Heide-Nord zur Verfügung gestanden hätten, dies wurde den Eltern aber nicht zugemutet. Diese Einrichtung ist für PPP

vorgesehen und sollte zum Herbst d.J. ohnehin geschlossen werden und die Kinder in die Herweghstraße kommen. Somit wird jetzt auch keine Zwischenlösung zur Asbestbeseitigung angestrebt. Die Einrichtung bleibt geschlossen und kann erst nach der Sanierung als PPP-Projekt wieder genutzt werden. Für die Eltern ist es sicher nicht die beste Lösung, im Interesse der Gesundheit der Kinder war ein schnelles Handeln erforderlich.

Herr Kreisel vom Eigenbetrieb Kita äußerte sich hierzu ebenfalls. Er sprach an, dass im Rahmen von PPP ein Gutachten über ZGM in Auftrag gegeben wurde. Dabei wurde das Asbest unter der Fensterbank in der Einrichtung festgestellt. Es erfolgte sofort über das Gutachten eine Information, so dass vergangenen Dienstag die Eltern sofort informiert und die Kinder aufgeteilt wurden. Am 16.02.06 soll ein Elternabend nochmals erfolgen, wo Probleme von den Eltern dargestellt werden können. Man wird sich um Lösungen bemühen, jedoch wäre der einzige Alternative die Unterbringung von Kindern in Heide-Nord. Der Gutachter hatte auf einen Handlungsbedarf verwiesen und es wurde reagiert. Vorsorgliches Handeln bedeutet unverzügliches Handeln. Dies wurde realisiert.

Weitere Anfrage von Frau Dr. Haerting zum Umgang mit dem Ausfall der Mitarbeiterin Bildung elementar/frühkindliche Erziehung. Wer nimmt diese Aufgabe jetzt wahr.

Frau Szabados antwortete, dass die Stelle befristet wiederbesetzt werden soll. Eine Ausschreibung der Stelle kann erst erfolgen, wenn das Kind der jetzigen Stelleninhaberin geboren wurde. Dies ist gesetzlich so vorgeschrieben. Es wurde festgelegt, dass bis zur Wiederbesetzung Frau Lademann vom Eigenbetrieb Kita diese Aufgaben übergangsweise mit erfüllen soll.

Anfrage von Frau Wiesner zur Handhabung der „Familienkarte“. Sie wollte mit ihren 3 Töchtern die Ausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte unter Nutzung einer Familienkarte besuchen. Dies wurde ihr mit der Begründung verwehrt, dass sie keine Familie sei. Unter Familie würde ein Paar mit Kindern zählen. Sie findet diese Handhabung nicht realistisch.

Frau Ebert antwortete, dass sie im Förderverein des Landesmuseums ist und dies klären wird.

Anfrage von Herrn Rochau, ob es der Tatsache entspricht, dass das Landesmuseum nach Schließung der Ausstellung auf Grund von Sanierungsmaßnahmen geschlossen werden soll.

Frau Ebert teilte mit, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht feststeht, ob generell das gesamte Objekt oder nur ein Teil geschlossen wird. Auf jeden Fall muss saniert werden.

Frau Szabados ergänzte, dass bei der Bereitstellung von Landesfördermitteln hierfür die Chance genutzt werden muss und nötigenfalls auch eine Schließung für diese Zeit in Kauf genommen werden sollte.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 7 Anregungen

Herr Godenrath regte an, dass zukünftig auf die Verfahrensweise hinsichtlich der Beantwortung von Anfragen laut Geschäftsordnung Stadtrat geachtet werden sollte.

Die Anfrage von Frau Wiesner im TOP 6 ist formell richtig eingereicht worden. Wie er dem Sitzungsverlauf entnehmen konnte, lagen Anfrage und Antwort vorab nicht den Mitgliedern vor bzw. die Beantwortung wurde bisher auch nicht schriftlich an Frau Wiesner gegeben. Zumindest sollte die Anfrage mit den Unterlagen vorab allen Mitgliedern zugesendet werden, damit diese wissen, wovon geredet wird.

Frau Szabados antwortete, dass die Prüfung der Anfragen zeitintensiv war und die damit zusammenhängende Beantwortung erst jetzt erfolgen konnte. Sie sicherte zu, dass die Anfragen aber zukünftig mit den Sitzungsunterlagen versendet werden. Die Fragen und die Beantwortung werden der Niederschrift angehängen. Frau Wiesner erhält die schriftliche Beantwortung.

zu 8 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass sie mit der JVA Raßnitz abgestimmt hat, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses einmal dort durchgeführt werden kann. Sie schlug als Termine den 18.5. oder 8.6.2006 vor.

Es erfolgte eine Einigung auf die Sitzung im Mai, da im Juni nach der Sitzung die Eröffnung der Händelfestspiele ist. Im April muss vorab abgeklärt werden, welche Mitglieder mit wem mitfahren können, um nach Raßnitz zu kommen. Frau Hanna Haupt wird dies dann nochmals ansprechen.

Herr Rochau informierte kurz über ein Gespräch mit dem Anstaltsleiter, Herrn Schmidt und der weiteren Zusammenarbeit zwischen der JVA und der Jugendgerichtshilfe.

Herr Weber erinnerte an den am Sonntag, dem 12.02.06 im Maritim stattfindenden Caritas-Benefizbrunch. Es sind weniger Anmeldungen als erwartet erfolgt und verwies darauf, dass noch Anmeldungen im Maritim möglich sind.

Herr Godenrath erinnerte an die zugesagte vierteljährliche Berichterstattung im HzE-Bereich

Herr Rochau antwortete, dass mit der ersten Berichterstattung zu Beginn des II. Quartals 2006 fortlaufend begonnen wird. Also in den Sitzungen im April 2006/Juli 2006/Okttober 2006.

Herr Rochau ging auf die Anfrage aus der letzten Sitzung im Zusammenhang mit der Spielflächenkonzeption zum „TÜV“ ein. Dies wird der Niederschrift angehängen.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Szabados
Bürgermeisterin

Rochau
Fachbereichsleiter